

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 22./23. März 2021**

Am 22. und 23. März 2021 wurde erstmals der Rat für Landwirtschaft und Fischerei unter physischer Präsenz der Ministerinnen und Minister unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft abgehalten. Den Vorsitz hatten die portugiesische Ministerin für Landwirtschaft, Maria do Céu Antunes sowie der portugiesische Minister für maritime Angelegenheiten, Ricardo Serrão Santos inne. Bundesministerin Elisabeth Köstinger vertrat die österreichischen Interessen. Die Kommission wurde durch die Kommissare Stella Kyriakides (Gesundheit), Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft) und Virginijus Sinkevičius (Fischerei) vertreten. Im Vordergrund standen die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 (GAP) sowie zum Notfallplan für Fischereifangmöglichkeiten bis zum 31. Juli 2021.

Zentrales Thema der Landwirtschaftsministerinnen und –minister waren die Diskussionen über die Ausarbeitung der GAP-Strategiepläne sowie zum GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020. Zu allen drei Verordnungen des Reformpakets sowie auch zum verordnungsübergreifenden, neuen Umsetzungsmodell tauschten sich die Ministerinnen und Minister aus. Im Bereich der GAP-Strategieplan-Verordnung wurde ein Kompromisspaket zu zielgerichteten Direktzahlungen thematisiert. Die Mitgliedsstaaten unterstützten nahezu unisono die optionale Umsetzung von Capping, Degressivität, Umverteilungszahlung und Zahlungen für Kleinlandwirte. Zum neuen Umsetzungsmodell und zur Vereinfachung strichen die Ministerinnen und Minister hervor, dass den Mitgliedstaaten genügend Flexibilität bei der Gestaltung ihrer Interventionen im Rahmen der GAP-Strategiepläne eingeräumt werden muss. Im Bereich der gemeinsamen Marktordnung forderten die Ministerinnen und Minister den Vorsitz dazu auf, die in der allgemeinen Ausrichtung verankerten Grundsätze einzuhalten und den WTO Verpflichtungen nachzukommen.

Im Fischereibereich wurde der Notfallplan zu den Fangmöglichkeiten in der Nordsee/Nordatlantik und für die Tiefseearten verhandelt, um eine Unterbrechung der Fischerei zu verhindern. Im Rahmen des Rates für Landwirtschaft und Fischerei im Dezember 2020 konnten die Fangmöglichkeiten nur bis zum 31. März 2021 festgelegt werden, da die aufgrund des Handels- und Kooperationsabkommens erforderlichen Konsultationen mit dem Vereinigten Königreich noch nicht abgeschlossen sind.

Im Rahmen des Rates setzte Österreich auch einen Schwerpunkt auf Forstpolitik. Gemeinsam mit elf weiteren Mitgliedstaaten (Bulgarien, Estland, Finnland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) betonte Österreich die Wichtigkeit der EU-Waldstrategie für die Zeit nach 2020 als zentrales Instrument zur Sicherstellung einer kohärenten und ausgewogenen Steuerung waldbezogener Themen. Die Ministerinnen und Minister unterstrichen die Bedeutung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der multifunktionalen Rolle der Wälder. Die Kommission wurde überdies dazu aufgefordert, den Beitrag der Wälder zur Biodiversität und zur Eindämmung des Klimawandels in der neuen EU-Waldstrategie für die Zeit nach 2020 anzuerkennen.

Zudem tauschten sich die Ministerinnen und Minister über pflanzengesundheitliche Vorsorgemaßnahmen der EU zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, die die Landwirtschaft bedrohen, aus. Im Rahmen eines Orientierungsgespräches wurde auch der Einsatz biologischer Bekämpfungsmittel gegen Schädlinge diskutiert. Es herrschte Einigkeit, dass Mikroorganismen eine Alternative zu chemischen Pflanzenschutzmitteln darstellten und auch einen Beitrag zur Verwirklichung konkreter Ziele des Grünen Deals leisten könnten. Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wurde die schwierige Situation im Weinsektor aufgrund der Corona-Krise und US-Strafzölle behandelt und die Europäische Kommission um die Bereitstellung zusätzlicher Mittel ersucht.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

22. April 2021

Elisabeth Köstinger  
Bundesministerin